

# Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 76 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM,

Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Bundesregierung

- Bundeskanzlerin -

Frau Dr. Angela Merkel

Willy-Brandt-Straße 1

1 0 5 5 7 B e r l i n

Eichwalde, den 6. September 2014

A.Z.: IO + EG

Ihr Schreiben vom -

Ihr Zeichen -

Mein Schreiben vom -

Umsetzung von Maßnahmen des Schallschutzes

im unmittelbaren Umland des BER und Gesamtsituation

im Blickwinkel des Urteiles OVG 10 A8.10

zur Nichtigkeitserklärung des LEP B-B ex tunc ipso iure

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

bezugnehmend auf die heutigen Beiträge von Torsten Gellner in der MÄRKISCHEN ALLGEMEINEN,

- "Linken-Spitzenkandidat Görke wirft Merkel Ahnungslosigkeit vor.."

(S.1) sowie

- Kommentar "Streit um Flughafenpolitik - Im Glashaus.." (S.2)

gestatte ich mir; Ihnen diesbezüglich einige relevante Informationen zu übermitteln:

- Den Kommentar von Torsten Gellner betrachte ich als in vollem Maße zutreffend.

Dies betrifft nicht nur die Initiierung der Standortentscheidung, sondern auch die Unterlassung der Übersetzung des als EU-rechtliche Mindestforderung für das BER-Projekt geltenden ICAO Doc:9184, Airport Planning Manual, ins Deutsche, wodurch eine nicht genehmigungsfähige Konfigurierung des BER bezüglich der Ausrichtung der Start- und Landebahnen erfolgte.

Diesbezügliche Schreiben seit Juli 2011 an Ex-Bundesminister Dr.Ramsauer und Ex-Bundesjustizministerin Dr.Leutheusser-Schnarrenberger blieben erfolglos.

Weitere Beispiele: 247.DVO zur LuftVO in Ignorierung der UBA-Behnehmensregelungs-Feststellungen ohne Begründung, dadurch Ablehnung der BER-Schallschutzzonenkarten-Erarbeitung durch die DFS Deutsche Flugsicherung GmbH und demzufolge Erarbeitung von solchen Karten

- 1969-2014 45 Jahre Autor zu Volkswirtschaftslehren in zwei Wirtschaftssystemen
- 1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß, Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow
- 1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte, Fachschule für Schwermaschinenbau und Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg
- 1973 Hochschul-Ing. für Elektronik-Technologie, Humboldt-Universität zu Berlin, Sekt. Elektronik
- 1973-75 Diplomierung und Promovierung als Externer mit Untersuchungen zur Systemisierbarkeit von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von heuristischen, Simulations- und algorithmischen Programmen;
- 1977, 1974 Pichtpreisträger und Humboldtpreisträger der Humboldt-Universität von Berlin
- 1957-64 Akademie-Dozent für Mathematik, Physik und technische Fächer
- 1990-96 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer Grundsatzzfragen im DEUTSCHEN MEDIENFOND (DMF)
- 1994 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen Rechts- und Sozialfragen im Auftrage des Landessozialrates Cottbus
- 1953-73 Selbständiger Konstrukteur
- 1973-91 Ingenieur für entwicklungs begleitende Standardisierung/Normung
- 1994 Bauleitplaner
- um 1960 Veröffentlichung "Zum Thema Feststofftoleranzen" mit der Berechnung möglicher fertigungsbedingter Maßabweichungen für Typen, Sorten und Chargen für Duroplast-Formstoffteile, PLASTIK UND KAUTSCHUK
- 1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen das Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus zum Austausch Plastverarbeitung (Verhinderung der Einführung der sowjetischen Ost-Toleranz- und Passungssystems zugunsten der Einführung des internationalen ISA/ISO-Toleranz- und Passungssystems
- 1969-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe zur Studie zur Substitution von Metall durch Plast in der Volkswirtschaft i.A. des ANW Berlin (Teil I: Ermittlung erforderlicher Aufgaben für Forschung/Entwicklung und Standardisierung, Teil II: Entwicklungs-Aufgabenfolge-Netzplan, Kosten-Nutzen-Analyse) mit den Co-Autoren Dr. Wilfried Schauf, Zentrallaboratorium für Plastverarbeitung Leipzig und Dipl.-Phys. Dieter von Straußwitz, TU Dresden
- 1968-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz (statist. Methode) zu arithmetischer Toleranz (worst-Case-Methode) für Maßketten zur Erzielung von Fertigungskostenminimierung durch größere Bauteiltoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)
- um 1970 Ermittlung der Parameter des Plasturforschungsprozesses von Duroplastformteilen aus Abmaß-Häufigkeitsverteilungen, Eröffnungsvortrag der Sektion Plastverarbeitungstechnik ether der Internationalen Fachtagungen PLAST'73 der Komex der Technik, Dresden
- um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Fünfjahresplanes der Sowjetunion im Rahmen des Produktionsverfahrens, Humboldt-Universität zu Berlin
- 1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen das Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus (Verhinderung der Einführung der sowjetischen Zuverlässigkeitsmethoden in der Maß-, Steuer- und Regelungstechnik)
- 1980 Dissertationsskizzenfassung in FERNWÄRMETECHNIK 23(1980) H.4 S. 182
- Jan. 1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft mit: Konraden Schmidt über NIKES FORM an Zentralen Runden Tisch und Regierung
- 1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer (Spekulations-Bämpfung) und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens (feste Wechselkurse) an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages zur Beseitigung von Globalisierungsproblemen noch vor der EURO-Einführung
- 2003-04 Vorschläge zur Einführung des Bruttozonalproduktes (BSP) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den Beitritt zur EURO-Zone an die Bundesregierung und an die Landesregierung Brandenburg
- 2008-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen für die Beseitigung der Welt-Finanz- und -Wirtschafts-Krise sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen
- 1994-2014 Kritischer Begleiter des Entwurfsprozesses Flughafen Berlin Brandenburg International (BER) durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge, Vorschläge, Ausarbeitungen und Presse-Informationen und -Erklärungen im Rahmen der EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative NOTWEHR AnLieger BER

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM (vgl. <http://ber.lin-brandenburg-zi.de> sowie [www.eichwalde.coo](http://www.eichwalde.coo) und [www.bbwb-er.de](http://www.bbwb-er.de))

durch das LUGV Brandenburg sowie die FBB GmbH im Widerspruch zueinander und zu geltenden ICAO-Festlegungen sowie jeweils ohne die dazu erforderliche Rechtsetzungsbefugnis!

Da eine regionale BER-Ausarbeitung von 2011 nicht den Abgeordneten von Bundestag und Abgeordnetenhaus von Berlin wie gefordert übergeben wurde, unterblieb die rechtsrelevante Zusage von 2013 an den Bund und Berlin, so daß eine gewisse Ahnungslosigkeit denkbar erscheint. Und zuständig ist ja auch allein das Land Brandenburg, nochmals bestätigt durch das im Betreff genannte OVG-Urteil!

- Die Beschuldigung von CDU-Spitzenkandidat Dr. Schierack, Finanzminister Görke mache mit seiner "Forderung nach Schallschutz für die von Lärm betroffenen BER-Anrainer Wahlkampf", ist nicht nur deshalb völlig unsinnig, weil bisher noch nicht ein einziger Anwohner auch nur den nach "offizielltem Schallschutz" gem. PFBerg und OVG- und BVG-Urteilen erhielt, sondern ist wegen des im etwa 8-km-Bereich gebotenen Schallschutzes nach

Lärmstärpegeln in EPNdB = Spitzenlämpegel in dB(A) + 13 dB(A) völlig daneben und rechtswidrig gem. EU-Bestimmungen - ist Herr Dr. Schierack nicht auch Mediziner? Dann müßten ihm doch die Ergebnisse des 115. und 117. Deutschen Ärztetages geläufig sein !??

- Sowohl bezüglich der geltenden EU-Bestimmungen als auch bezüglich der BER-spezifischen Auswertung des vorgen. OVG-Urteiles hat sich nicht nur die hauptverantwortliche Brandenburger Landesregierung bisher völlig zurückgehalten, sondern der gesamte Aufsichtsrat mit Mitgliedern aller Anteilseigner und Parteien hat sich da eher als "Wegsehrat" betätigt! Und keine der das BER-Projekt bisher tragenden Parteien hat sich bezüglich der vielfach angemahnten Einhaltung von Bürger- und Menschenrechten gemäß geltendem Recht mit Ruhm bekleckert!

DAS BER-Projekt ist danach wie das Eurohawk-Projekt wegen Verstößen gegen EU- und ICAO-Recht abzubrechen und Nachtflugverbot sowie Abkehr vom Single-Flughafen im GVOBL.Bbg. gemäß unverändert angenommenem Volksbegehren zu verkünden - genau so wie die Nichtigkeit aller nicht verfassungskonformen BER-Rechtsakte wie LEP FS, PFB, PFBerg und alle Schallschutzkarten von LUGV und FBB GmbH!

Die Bürger der BER-Umlandgemeinden kämpfen lediglich um die Einhaltung garantierter Bürger- und Menschenrechte, deren Einhaltung in einem demokratischen Rechtsstaat eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Näheres hierzu ist aus meinem Schreiben vom 1. September 2014 nebst Anlagen an Herrn Ministerpräsident Dr. Woidke ersichtlich, ferner unter der Internet-Adresse <http://berlin-brandenburg-21.de>.

Da Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sich in aller Welt vehement für die Einhaltung von Bürger- und Menschenrechten einsetzen, bin ich davon überzeugt, daß Ihnen aufgrund der großen internationalen Probleme in EU, Ukraine und Nahost die vorgen. gleichartige perspektivische Verletzung existentieller Rechte zu Gesundheit, Leben und Eigentum i. Vbdg. mit dem BER-Projekt bisher unbekannt geblieben war, sie also diesbezüglich wirklich etwas ahnungslos waren, so daß ich mich freue, Ihnen hiermit Hinweise geben zu können.

Ich bin sicher, daß Sie nunmehr auch zum BER-Projekt bald ein Machtwort sprechen werden, daß das BER-Projekt in der gegenwärtigen Form abgebrochen wird und eine neue Planung, die gem. aktuellen Problemen zwischen Bund und Flughafen ohnehin nicht zu umgehen ist, zur BER-Projekt-Umnutzung wie -Neuplanung eingeleitet wird.

Ihrer Antwort sehe ich deshalb mit großer Hoffnung wie großem Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Dr. G. Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEM SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

Anlagen



EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT  
in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft,  
c./o. Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde,  
in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM

Eichwalde, am 27. August 2014  
Az.: Io + EG (korr. Expl.)

## P R E S S E - E R K L Ä R U N G

BER-Kurswechsel in Übereinstimmung mit den Wahlprüchen ?  
- zu den Wahlslogans von Ministerpräsident Dr. Woidke, Finanzminister Gehrke und den Beiträgen "Die Party ist vorbei ..." und "Hoffnung auf einen Neuanfang ...", MAZ 27. August 2014 S.3 -

Nach der gestrigen Rücktrittserklärungsankündigung des Aufsichtsratsvorsitzenden und Regierenden Bürgermeisters von Berlin Klaus Wowereit unter Eingeständnis seiner "herben Niederlage" beim BER-Projekt ist die Verantwortung der Brandenburger Landesregierung für das BER-Projekt schlagartig erneut wesentlich gewachsen - und dies erst kurz nach dem OVG-Urteil im Prozeß um die neue "Zentrale-Orte-Gliederung" mit dem Ergebnis der Nichtigkeitserklärung des Landesentwicklungsplanes Berlin-Brandenburg (LEP B-B) von Anfang an und ohne Weiteres, in der Juristensprache ex tunc ipso iure.

Da schaut man nun schon gemäß der Rücktrittskommentierung mit "Hoffnung auf einen Neuanfang" auf die Wahlslogans unserer führenden Landespolitiker! Und sie klingen gut für einen Neuanfang:

Ministerpräsident Dr. Woidke:  
"Anpacken, Verantwortung, Gerechtigkeit",  
Finanzminister Görke: "sozial, seriös" !

Nach den Aufforderungen aus Schulzendorf und Eichwalde an die Landesregierung nach Auswertung des vorgeh. OVG-Urteiles zur Veröffentlichung des Ergebnisses des angenommenen Volksbegehrens im GVOBL.Bbg. wegen Wertung des Staatsvertrages mit Berlin nur als "politische Willenserklärung" statt als übergeordnetes Recht einer "dritten Ebene" zwischen Landes- und Bundesrecht und zur Nichtigkeitserklärung aller tragenden BER-Rechtsakte wie LEP FS, PFB, PFBerg und Schallschutzkarten ex tunc ipso iure wegen Verstoßens gegen die Landesverfassung infolge nicht erfolgter Zitierung wie Berücksichtigung übergeordneten EU-Rechts und dazu auch noch fehlender Rechtssetzungsbefugnis zum Unterlaufen der Mindestforderungen gemäß EU-Recht stellen diese Forderungen bezüglich ihrer Durchsetzung durch die Landesregierung einen Maßstab für die Ernsthaftigkeit, ihren Gehalt als Überzeugungskraft dieser Wahlslogans dar.

Davon war allerdings konkret i. Vbdg. mit Wowereits Rücktritt noch nichts zu hören, vielmehr ging es bisher weiter um das Ob und Wann einer Inbetriebnahme wie geplant - was jedoch rechtskonform auszuschließen ist. Insofern ist es auch allzu verständlich, daß man sich am Donnerstagabend vor Wowereits Rücktritt in der Schulzendorfer Informationsveranstaltung zum Lärmenschutz noch überwiegend in einer Weise auseinandersetzte, als würden an der Rechtsgültigkeit von BER-Rechtsakten wie dem PFB und PFBerg keinerlei Zweifel bestehen.

Hierin untrennbar involviert erscheint jedoch der Zweifel an der Ehrlichkeit der Wahlslogans "Anpacken, Verantwortung, Gerechtigkeit" und "sozial, seriös". Denn nach Zusendung der umfangreichen Dokumentation zur BER-Problematik vor einem Jahr an den Landtag hinsichtlich Konfiguration, Flugrouten und Schallschutz und zum Jahreswechsel zur Durchsetzung des Volksbegehrens in Kritik des Berichtes der Landesregierung sowie der schon im September 2012 (!) erfolgten Zusendung eines Vorschlages zur Festlegung von Schallschutzzonen im BER-Nahbereich nach Lärmstörpegeln im Flugerwartungsgebiet gem. ICAO-Bestimmungen und der 247. DVO zur LuftVO wurden ja bis jetzt die Inhalte der Wahlslogans nicht umgesetzt, ja, selbst nach Zusendung der Schlußfolgerungen aus dem OVG-Urteil zur Nichtigkeitserklärung des LEP B-B noch nicht einmal die Absicht hierzu konkret zu erkennen gegeben!

Und selbst auf die vielfältigen Gesetzesverletzungen zu Detailproblemen wie Schallschutzbemessung, Lüftereinsatz, Immobilienbewertung und Kostenerstattungsvereinbarungen (KEV) fand am Donnerstagabend die anwesende Frau Staatssekretärin Fischer keine öffentliche Antwort, während ich mich dahingehend äußerte, daß all dies mich in meinen Ansichten zur Rechtswidrigkeit des gesamten BER-Projektes nur noch bestärkte, obwohl bei der Veranstaltung ja nun der PFB und PFBerg fälschlicherweise als noch rechtlich tragend zugrundegelegt wurden!

Dies alles schließt die Wahl eines bisher mit der BER-Problematik wesentlich befaßten Politikers und Beamten zum Aufsichtsratsvorsitzenden aus, wenn ein "Neuanfang" überzeugend sein soll - und schnell müßte es bei dieser desaströsen Situation auch gehen, noch vor der Landtagswahl!

Welche rechtlichen Fakten muß also eine Kandidatin oder ein Kandidat als tragend für sein zukünftiges Handeln anerkennen?

- Bekenntnis zur Landes- und Bundesverfassung und damit zur Nichtigkeit aller BER-Rechtsakte in Widerspruch zu diesen als rechtlich nichtig "von Anfang an und ohne Weiteres" : ex tunc ipso iure;
- Bekenntnis zur Gültigkeit des OVG-Urteiles zum "Zentrale-Orte-Gliederungs-Prozeß" i.S. der Wertung von Verträgen mit dem Land Berlin nur als "politische Absichtserklärung" statt als "übergeordnetes Recht" und damit zur Gültigkeit des von Landtag und Landesregierung unverändert angenommenen Volksbegehrens, als unmittelbar nun umzusetzenden Volksentscheid gleichzustellen, in Form eines Landesgesetzes mit Nachruhe von 22 Uhr bis 6 Uhr für den Standort Schönefeld sowie die Abkehr von diesem Standort als "Single-Flughafen-Standort";
- Bekenntnis zum Ergebnis des ROV 1994, nach welchem Schönefeld der am schlechtesten geeignete BER-Standort ist, für ein Luftverkehrsdrehkreuz völlig ungeeignet, und damit zunächst zur Beibehaltung des derzeitigen Berliner Luftverkehrssystems SXF + TXL bei verstärkten rechtskonformen Schallschutzmaßnahmen, und Beginn der Neuplanung des Berliner Luftverkehrssystems, eingeschlossen die BER-Neuplanung, z.B. in Sperenberg, aber dann in jedem Falle rechtskonform zu EU-Recht, sowie Abbruch der BER-Baumaßnahmen bis zur Klärung der Zukunft des Areals mit der Bundesregierung wegen des dort auch geplanten Regierungsflughafens und der Bauprobleme beim BER-Terminal sowie Ermittlung der Umnutzungsmöglichkeiten unter Zugrundelegung von Erbpachtverträgen.

Die Weiterführung von Bau und Finanzierung des BER-Projektes in gegenwärtiger Form hat mit Anpacken, Verantwortung wahrnehmen und Gerechtigkeit im Sinne von sozial und seriös nicht das Geringste zu tun.

Am 24. August 2014 hat zwar Frau Staatssekretärin Fischer in der Zeuthener BLIZ-Veranstaltung zum Schallschutz erklärt, man befinde sich ja nun in einer neuen Planungsphase, in welcher auch neue Erkenntnisse berücksichtigt werden könnten - aber noch hat keine öffentliche Verkündung der vorgenannten dazugehörigen Prinzipien und Rechtsakte stattgefunden! Jetzt sind endlich Entscheidungen zu fällen - umgehend!

Vielleicht könnte man ja Herrn Amann reaktivieren als Aufsichtsratsvorsitzenden - er wäre ja bestimmt nicht so unkritisch gegenüber von Herrn Mehdorn wie der bisherige Aufsichtsrat und dessen Vorsitzender und ferner mit den Projekt-Mängeln bestens vertraut, und die aufgelöste Immobilien-Bewirtschaftungs-Abteilung mit ihrem abgesetzten Chef wegen Kritikfähigkeit sollte ihm stützend zur Seite gegeben werden!

Ein Wandel wie dieser wäre für den Wahl-Bürger bei weitem überzeugender als die "Auch-Kompromiß-Vorschläge" mancher Verantwortlicher der Opposition! Denn alle Kandidaten, die mit ihrem Wahlprogramm nicht gesichert auf dem Boden der Verfassung stehen, auch wenn das wie beim BER-Projekt wehtut, sind doch als "Verfassungsfeinde" nicht wählbar - zumindest dies wird doch stets als die Gemeinsamkeit aller Parteien ausdrücklich betont!

Halten wir uns also daran bei unserer Wahlentscheidung! Gegen das Projekt in derzeitiger Form sprachen sich m.W. bisher FREIE WÄHLER, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die PIRATEN aus.

Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT